

P R O T O K O L L
der 328. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 20. Oktober 2009	
Zeit	19.30 - 22.10 Uhr	
Ort	Aula der Schulanlage Moos	
Anwesend Vorsitz	Grütter K. Urs	
Mitglieder	Aebersold Jürg Brügger Yong Chételat-Dangel Caroline Eber Béla Friedli Rolf Graham Marina Grubwinkler Christa Huber Manuel Kauth Adrian Kneubühler Peter Lack Stephan Manz Matthias Pulver Gerhard Ruta Francesca Schönenberger-König Daniela Siegenthaler Urs (bis 21.30 Uhr) von Fischer Niklaus Wenger-Kupferschmied Ursula	Bärtschi Markus Cadetg-Hafen Ruth Corti Andrea Fankhauser Suzanne Gautschi Stefan Gossweiler-Ebnetter Isabelle Häusermann Martin Kästli Marc Kempf Daniela Künzi-Egli Barbara Mallepell Elisabeth Marti Beat Raaflaub-Minnig Ruth Schneider Beat Schwander Fritz Streit Lee Treier Hannes Wegmüller Beat Ziberi Johanna
Stimmzähler	Marti Beat, Mallepell Elisabeth	
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian	
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin	
Zusätzlich anwesend zu Geschäft 2	Schmid Beat, Finanzverwalter	
Entschuldigt abwesend	Wakil Ramina, Gantner Urs	
Protokoll	Weber Susanne, Gemeindeschreiberin-Stv.	

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 15. September 2009	124
2	Investitions- und Finanzplan 2009 - 2014 Genehmigung des Voranschlages, des Gemeindesteueransatzes, der Liegen- schaftssteuer, der Feuerwehrpflichtersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2010	124
3	Feuerwehr-Reglement; Totalrevision	131
4	Begegnungszone Turbenweg; Objektkredit	136
5	Motion FDP/jf-Fraktion zur Standort-Überprüfung International School of Berne (ISBerne)	136
6	Motion SP-Fraktion betr. chronischer Überlastung der Kindertagesstätten	137
7	Motion FDP/jf-Fraktion: "Fähribeizli dem Volk"	138
8	Motion forum-Fraktion betr. Nutzung bisheriger Kindergarten-Parzellen	139
9	Motion Aebersold (SVP): Gezielte Anreize und Berücksichtigung von Betrie- ben mit Lehrlingsausbildung im Submissionsverfahren	140
10	Motion SP-Fraktion / EVP betr. Erleichterung von Variantenabstimmungen Postulat SP-Fraktion / EVP betr. Volksabstimmungen im Baukasten-System	141
11	Interpellation SVP-Fraktion: Finanzielle Konsequenzen Energielabel	141
12	Interpellation SVP-Fraktion betreffend vollwertiger Brandschutz Schulanlage Moos	142
13	Einfache Anfrage Wegmüller (SP) betr. Begegnungszone Turbenweg	143
14	Ortsplanungsrevision; Wahl der Mitglieder und des Präsidiums der parlamen- tarischen Kommission	143
15	Information des Gemeinderats	144
16	Neue parlamentarische Vorstösse	145

Der Vorsitzende begrüsst speziell die Vertreter der Gemeinde und der Feuerwehr Allmendingen zur Sitzung. Als weitere Information diene, dass die Protokollführerin, Frau Susanne Weber, per Ende Jahr die Gemeinde Muri verlassen werde. Sie sei in Nidau zur Vize-Stadtschreiberin gewählt worden. Für ihr Wirken danke er ihr bestens und wünsche ihr für die neue Herausforderung alles Gute.

Des Weiteren mache er darauf aufmerksam, dass die Mikrofonanlage auf ihre Tauglichkeit überprüft werde. Die Protokollführerin habe darauf aufmerksam gemacht, dass einige Voten in vergangener Zeit sehr schlecht zu verstehen gewesen seien. Er bitte daher die Mitglieder um eine klare und deutliche Aussprache. Wer langsam und deutliche spreche, könne auch sicher sein, dass sein Votum korrekt im Protokoll stehe und, dass die übrigen Ratsmitglieder ihn verstanden hätten.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. **Protokoll der Sitzung vom 15. September 2009**

Korrektur von Amtes wegen:

S. 116 (Ja und Nein vertauscht)

3. Abstimmungsgang (Einsetzung Kommission):

Einsetzung JA:	29
Einsetzung NEIN:	6
Enthaltungen:	2

Beschluss

Das Protokoll wird mit obgenannter Korrektur genehmigt.

2. **Investitions- und Finanzplan 2009 - 2014**

Genehmigung des Voranschlages, des Gemeindesteueransatzes, der Liegenschaftssteuer, der Feuerwehrgeldersatzabgabe und der Hundetaxe für das Jahr 2010

Yong Brügger führt im Namen der GPK aus, diese habe den Investitions- und Finanzplan 2009 - 2014 sowie den Voranschlag 2010 geprüft. Der Gemeindepräsident habe an der Sitzung von vergangendem Mittwoch die nötigen Erläuterungen gegeben und die Fragen der GPK zu deren Zufriedenheit beantwortet. Die Gemeindefinanzen seien - gesamthaft betrachtet - gesund. Es werde begrüsst, dass zusätzliche Investitionen getätigt würden. Es sei erfreulich festzustellen, dass bezüglich Sachaufwand immer mit Disziplin gearbeitet werde. Die Verschuldung habe reduziert werden können. Die GPK beantrage dem GGR einstimmig, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen.

Hans-Rudolf Saxer erläutert namens des Gemeinderates, es handle sich um eine Binsenwahrheit, dass sich nicht nur die Gemeinde Muri, sondern auch die Schweiz und die Weltwirtschaft in einem rezessiven Umfeld bewegen würden. Vor diesem Hintergrund sei es nicht erstaunlich, dass diese Auswirkungen auch im Gemeindehaushalt spürbar seien. Dies bereits im Jahr 2010, mit grösserer Intensität ab dem Jahr 2011. Das Budget 2010 sehe einen Aufwandüberschuss von knapp CHF 2,4 Mio. vor. Diese Situation sei nicht dramatisch, aber sie sei unschön. Nicht dramatisch darum, weil die Gemeinde Muri in den vergangenen fünf Jahren zu ihrem Finanzhaushalt Sorge getragen und die gute wirtschaftliche Lage genutzt habe, um ihren Finanzhaushalt weiter zu stärken. Er betone, dass die Gemeinde Muri einen gesunden Finanzhaushalt habe. Zwei Eckwerte dazu: Innerhalb der letzten vier Jahre habe die Verschuldung von CHF 48 Mio. auf CHF 30 Mio. reduziert werden können und das Eigenkapital betrage rund 6,3 Steuerzehntel; letzterer Wert könne auch per Ende 2009 ausgewiesen werden.

Der Vergleich mit der im vergangenen Herbst getätigten Prognose zum Voranschlag 2010 zeige, dass eine Verbesserung von rund CHF 0,7 Mio. eingetreten sei. Man habe damals ein Defizit von CHF 3,1 Mio. in Aussicht gestellt. Diese Verbesserung sei auf verschiedene Faktoren - positiver und negativer Art - zurückzuführen: Minderertrag Steuern (CHF 0,45 Mio.), erhöhter Abschreibungsbedarf (CHF 0,45 Mio.), Mehr-

belastung Finanzausgleich (CHF 0,15 Mio.), Buchgewinn aus Landverkauf am Sonnenweg (CHF 2,0).

Es sei jeweils auch wichtig zu betrachten, woher die Einflüsse aus der Vergangenheit kommen würden. Im Voranschlag 2009 habe man einen Aufwandüberschuss von CHF 2,9 Mio. beschlossen. Aus heutiger Sicht könne festgehalten werden, dass dieses Resultat nicht eintreffen werde. Dies sei einerseits darauf zurückzuführen, dass der Aufwand habe reduziert werden können bzw. nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden müsse und andererseits könne man festhalten, dass die Steuererträge im laufenden Jahr noch positiv seien. Diese positive Entwicklung betreffe allerdings nur die Einkommenssteuern der natürlichen Personen. Betreffend Ertragssteuern der Juristischen Personen müsse bereits im laufenden Jahr mit kleineren Erträgen gerechnet werden. Unter dem Strich dürfe man heute davon ausgehen, dass die Rechnung 2009 ausgeglichen abschliessen werde.

Der Sprecher der GPK habe es bereits erwähnt: Es sei dem Gemeinderat und der Verwaltung gelungen - an dieser Stelle herzlichen Dank dafür -, dass der Sachaufwand gegenüber dem Jahr 2008 um 0,5 % habe reduziert werden können. Die Aufwandsteigerung gegenüber dem Vorjahr sei mit 1,6 % in einem bescheidenen Umfang.

Im Jahr 2010 würden gewollte Mehrausgaben getätigt unter dem Titel Abschreibungen. In der Botschaft sei ersichtlich, dass der Gemeinderat dem Parlament (im Sinne eines antizyklischen Verhaltens) vorschlage, im Jahr 2010 rund 20 % mehr Investitionen zu tätigen als im laufenden Jahr.

Der Blick in die Jahre 2011 und folgende zeige die klassische Situation, welche in einem rezessiven Umfeld auftrete: Einerseits steige der Aufwand, namentlich im Bereich Lastenverteiler (Soziales, Ergänzungsleistungen), andererseits stagniere der Steuerertrag, in einzelnen Segmenten sei er sogar sinkend. Der Vergleich zwischen 2011 und dem laufenden Jahr zeige eine Verschlechterung von rund CHF 2 Mio. Lediglich CHF 0,7 Mio. dieses Betrags seien selbstverschuldet. Der Restbetrag sei auf fremdbestimmte Positionen (FILAG, Lastenverteiler etc.) zurückzuführen.

Sonderpositionen im Voranschlag 2010 seien nur wenige vorhanden. Einerseits entfalle der Aufwandüberschuss im Tagestreff; der GGR habe bekanntlich beschlossen, diesen per 1.1.2010 ins Alters- und Pflegeheim Nussbaumallee auszulagern. Gewisse zusätzliche Kosten würden entstehen durch die Eröffnung des zusätzlichen Standortes der Tagesschule per August 2010 in der Schulanlage Horbern. Schliesslich resultierten gewisse zusätzliche Aufwendungen unter dem Titel Pensionskasse. Die kommunale Pensionskasse habe es in annus horribilis 2008, als die Aktienmärkte rund 30 % gesunken seien, ebenfalls "erwischt", wie die meisten Pensionskassen. Nach intensiven Diskussionen mit dem versicherungstechnischen Experten der Gemeinde sei man zum Schluss gekommen, dass man nicht nach dem Prinzip Hoffnung handeln und davon ausgehen könne, der Kapitalmarkt werde es selber richten. Man habe konkrete Massnahmen getroffen, diese seien in der Botschaft ersichtlich. Namens des Gemeinderates bitte er, auf das Geschäft einzutreten und die Anträge zu genehmigen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende führt aus, das Vorgehen erfolge nach Art. 2 der Geschäftsordnung des GGR: Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, allgemeine Wortmeldungen zum Gesamtpaket, Detailberatung Investitionsplan (kapitelweise), Fragen und Bemerkungen zum Finanzplan, Durchberatung Voranschlag (seitenweise) und abschliessend Beschlussfassung. Über Anträge zum Investitionsplan oder zum Voranschlag werde

sofort abgestimmt. Über allfällige Rückweisungsanträge werde nach der Detailberatung, aber vor der Schlussabstimmung abgestimmt.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Fraktionserklärungen:

Martin Häusermann (forum) führt namens der Fraktion aus, ein Vergleich zwischen den Finanzplänen und den jeweiligen Voranschlägen respektive den Abschlüssen zeige über die letzten Jahre hinweg Folgendes: Die Voranschläge seien besser als im vorangehenden Finanzplan aufgeführt, die Abschlüsse wiederum besser als im Voranschlag vorgesehen. In der Regel bewege man sich also auf der sicheren Seite, dies sei richtig und gut so. Trotzdem dürfe nicht ausser Acht gelassen werden, dass der Voranschlag 2010 ein Defizit von CHF 2,4 Mio. ausweise. Die Gründe dazu seien in der Botschaft transparent aufgeführt und aus Sicht der Fraktion könne dieser Voranschlag auch im Hinblick auf die aktuell tiefen Schulden gutgeheissen werden. Man dürfe aber auch nicht vernachlässigen, dass das Budget 2010 nicht zuletzt infolge einer Desinvestition einer Landparzelle zustande komme. Es dürfte allseits bekannt sein, dass Desinvestitionen der Gemeinde Substanz entziehen und deshalb nicht beliebig fortgesetzt werden dürften, bzw. Zurückhaltung angebracht sei. Einnahmenseitig werde die Planungsannahme der rückläufig budgetierten Steuererträge begrüsst. Auf der Ausgabenseite werde die konsequente Haltung bezüglich Sachaufwand ausdrücklich honoriert, man bedanke sich beim gesamten Personal dafür. Die ausserordentliche Steigerung des Personalaufwands von 6 % sei durch den Gemeindepräsidenten erläutert worden und sei nachvollziehbar. Man begrüsse ebenfalls die politische Absicht, das Investitionsvolumen im kommenden Jahr zu erhöhen. Das Volumen befinde sich im Jahr 2010 in einem angemessenen Rahmen. Wenn eine Nachhaltigkeit erzielt werden solle, müsse kontinuierlich investiert werden. Ein Investitionsstopp sei niemandem ein Dienst. Der Handlungsbedarf werde sich gemäss Finanzplan erst in den Folgejahren zeigen. Die trüben Aussichten würden ihren Handlungsbedarf dannzumal ebenfalls zeigen. Die forum-Fraktion werde den Anträgen des Gemeinderates in der vorliegenden Form zustimmen.

Adrian Kauth (FDP) informiert im Namen der FDP/jf-Fraktion, es sei der Finanzverwaltung unter der Leitung von Beat Schmid wiederum gelungen - trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage - ein einigermaßen befriedigendes Budget zu erstellen. Dafür bedanke man sich. Die jüngere Vergangenheit habe gelehrt, dass trotz der budgetierten Verluste im darauf folgenden Jahr stets ein mehr oder weniger erfreuliches bzw. ausgeglichenes Rechnungsergebnis habe erreicht werden können. Dass diese positive Wendung in den kommenden Jahren schwieriger zu erreichen sei, sei aufgrund der Mehrausgaben bzw. der Mindereinnahmen absehbar. Jetzt aber bereits vorsorgliche Massnahmen zu verlangen, erscheine der Fraktion etwas übereilt. Mit Blick auf die Finanzplanjahre sei es für die Zukunft nach Ansicht der Fraktion angezeigt, die anstehenden Investitionen und vor allem deren Höhe zu überdenken. Es könnten ja beispielsweise auch einmal Projekte in einem normalen Ausbaustandard realisiert werden; es müsse nicht immer die überteuerte Luxus-Variante gewählt werden.

Die Zusammenstellung der wesentlichen, nicht gebundenen Ausgaben gebe auch dieses Jahr wieder ein klares Bild, wohin die wenigen, von der Gemeinde frei planbaren Gelder fliessen würden. Man danke dem Gemeinderat, dass er diesbezüglich wieder Transparenz schaffe. Die FDP/jf-Fraktion unterstütze den Investitions- und Finanzplan 2009 - 2014 in der vorliegenden Form einstimmig.

Matthias Manz (SP) stellt fest, die SP-Fraktion möchte dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung zu dieser Vorlage gratulieren. Allenfalls wirke es etwas befremd-

lich, jemandem zu gratulieren, wenn dermassen schlechte Zahlen präsentiert würden. Mit dieser Vorlage würden Gemeinderat und Verwaltung jedoch beweisen, dass es auch in einem sehr schwierigen wirtschaftlichen Umfeld möglich sei, sich nicht ins Boxhorn jagen zu lassen und einen ruhigen Kopf zu bewahren. Einen kühlen Kopf bewahren bedeute in diesem Umfeld, dass man sich in erster Linie einmal auf das nächste Jahr konzentriere. Etwas ausser Acht lassen müsse man - trotz schlechter Prognosen - die Folgejahre. Man wisse zum heutigen Zeitpunkt nicht, was in den Jahren 2011 ff mit der Wirtschaft passieren werde. Weiter bedeute ein kühler Kopf, das beachtliche Defizit im nächsten Jahr in Kauf zu nehmen. Man müsse nun antizyklisch handeln. Schliesslich sei das in den letzten Jahren erarbeitete Polster nun dazu da, das Defizit verkraften zu können.

Betreffend Voranschlag wolle er auf die Ausführungen von Martin Häusermann zurückkommen. Die Desinvestitionen von CHF 2 Mio. seien fest im Budget eingerechnet, stellten aber doch ein beträchtliches Risiko dar, da noch nicht sicher sei, ob diese wirklich realisiert werden könnten. Es sei sicherlich richtig, dass diese im Budget enthalten seien, aber es dürfe kein Präjudiz festgeschrieben werden, die Vorlage damit durchzuwinken.

Ein Ausblick in die ferneren Jahre: Das Jahr 2011 zeige sich von einer ganz schlechten Seite, nämlich mit einem Defizit von CHF 4,8 Mio. Er wolle aber den Gemeinderat bereits heute darauf hinweisen, dass er sich bezüglich Budget 2011 nicht das Ziel setzen sollte, einen ausgeglichenen Voranschlag zu präsentieren. Die Situation 2011 sei heute noch völlig offen und es sei denkbar, dass der erhoffte Aufschwung nur sehr zaghaft erfolgen werde. Daher sei es im Rahmen des Möglichen, dass die Steuereinnahmen im 2011 immer noch relativ tief ausfallen würden. Dementsprechend müsse man sich darauf gefasst machen, dass auch in den Jahren nach 2011 ein Defizit in Kauf genommen werden müsste. Im Namen der SP-Fraktion bitte er den Rat, auf die Vorlage in der vorliegenden Form einzutreten.

Markus Bärtschi (SVP) stellt fest, die SVP-Fraktion stimme der Vorlage zu. Er schliesse sich den Vorrednern weitestgehend an, einzig der Aussage von Matthias Manz bezüglich Desinvestitionen möchte er widersprechen. Die Desinvestitionen seien im Voranschlag berücksichtigt, so dass das Defizit "inklusive" resultiere. Wenn die Gemeinde ein Defizit von über CHF 4 Mio. veranschlagen würde (ohne die erwähnten Desinvestitionen) müsste sich die SVP dagegen wehren. Selbstverständlich müssten die Desinvestitionen noch näher betrachtet werden, allerdings seien diese Bestandteil des Voranschlags.

Im Investitionsplan sei der Fraktion der grosse Brocken "Sanierung Füllerich" speziell aufgefallen. Eine Sanierung in dieser Höhe müsse als unverdaulich bezeichnet werden. Dies könnte ein Musteranwendungsfall werden für die frühzeitige parlamentarische Begleitung, welche derzeit diskutiert werde. Es sei unbefriedigend, dass der Rat schlussendlich vor den beiden Optionen "Zurückweisung samt Zeitverlust und Kostensteigerung" oder "Augen zu und durch, koste es was es wolle" stehe. Das Geschäft "Tagesschule Horbern" lasse grüssen.

Bezüglich Feuerwehropflichtersatzabgabe eine grundsätzliche Bemerkung: Die Fraktion habe das Schreiben des Kommandos zur Kenntnis genommen. Grundsätzlich sei man der Auffassung, New Public Management könne nur funktionieren bzw. man könne nur von NPM sprechen, wenn der Finanzrahmen mittelfristig abgedeckt sei und sich die Mittel am zu erfüllenden Auftrag orientieren würden. Daher sei es nicht unbedingt von Interesse, wie hoch der Prozentsatz in den 90er-Jahren gewesen sei. Es sei vielmehr zu berücksichtigen, welche Mittel die Feuerwehr für die nächsten 8 bis 10 Jahre für ihre Auftragserfüllung benötige. Die wirklich benötigten Mittel wolle man sicherlich zur Verfügung stellen. Das NPM-Budget der Feuerwehr sei vom abso-

luten Betrag her und aus Sicht der Höhe der Belastung kein geeignetes Objekt für Sparübungen. Es sei ebenfalls klar, dass grössere Investitionen nicht nur einmalig zu finanzieren seien, sondern auch in den Folgejahren die Rechnung belasteten. Mit dem rudimentären Investitionsplan sei ein Anfang gemacht, welcher allerdings noch zu vertiefen und auszudiskutieren sei. Die Feuerwehr sei aufgerufen, die Entwicklung ihres "NPM-Kässeli's" über den genannten Zeitraum von 8 bis 10 Jahren systematisch zu planen und gegenüber dem Parlament transparent auszuweisen. Im Gegenzug sollte sich das Parlament kurzfristigen Eingriffen und namentlich kurzfristigen Kürzungen enthalten. Ein verantwortlicher Umgang im NPM werde sich erst einstellen, wenn dies über eine gewisse Zeitdauer funktioniert habe und man die Bereichsverantwortlichen haushalten lasse. Der Test sei erst bestanden, wenn man sich in Zukunft nicht mehr um einzelne Investitionen und Beschaffungen kümmern müsse, ebenso wenig um den Prozentsatz. Dieser Satz sollte nicht variabel und flexibel gehandhabt werden. Bei der Feuerwehr sei NPM u.a. eingeführt worden, weil der Rat nicht kompetent sei, über die Vorzüge einzelner Hubretter zu diskutieren. Man stelle aber in diesem Jahr keinen Abänderungsantrag gegenüber dem Gemeinderat. Sobald die angesprochene, detaillierte Planung vorliege, sei die SVP-Fraktion bereit, über den Prozentsatz zu diskutieren und diesen so festzusetzen, dass dieser nicht bei jeder grösseren Anschaffung neu diskutiert werden müsse.

Das Wort wird zum Gesamtpaket nicht weiter verlangt.

Detailberatung Investitionsplan 2009 - 2014

Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen

Kapitel 1, Öffentliche Sicherheit

Keine Bemerkungen

Kapitel 2, Bildung

Matthias Manz (SP) erkundigt sich, weshalb das Projekt Schulsozialarbeit (219) im Investitionsplan aufgeführt sei. Es sei ja nicht das bauliche Projekt, sondern der Versuchsbetrieb gemeint.

Hans-Rudolf Saxer erläutert, die finanzhaushaltrechtlichen Bestimmungen würden es vorsehen, dass ein Kredit in dieser Höhe in die Investitionsplanung aufgenommen werden müsse.

Jürg Aebersold (SVP) gibt zu Punkt 200 zu bedenken, die SVP vermisse die Kosten für die Integration der Kindergärten in das Schulhaus Melchenbühl.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, derzeit warte man auf entsprechende Kostenberechnungen des Büros Bauökonomie Luzern, daher seien diese noch nicht aufgeführt. Der Rat könne aber davon ausgehen, dass der entsprechende Betrag nächsten Herbst im Investitionsplan aufgeführt werde.

Kapitel 3, Kultur und Freizeit

Keine Bemerkungen

Kapitel 4, Gesundheit

Keine Bemerkungen

Kapitel 5, Soziale Wohlfahrt

Keine Bemerkungen

Kapitel 6, Verkehr

Matthias Manz (SP) erkundigt sich, weshalb unter den Punkten 620 01 "Strassenverkehr" und 770 "Naturschutz, Landschaftsrichtplan; Umsetzung" gewisse Beträge eingestellt seien, für den Verkehrsrichtplan, Bereich Veloweg, allerdings nicht. Auch hier seien doch gewisse Vorhaben geplant.

Hans-Rudolf Saxer erwidert, hierfür seien zwei Gründe zu nennen: Der Richtplan Verkehr befinde sich derzeit in Überarbeitung, dieser werde in ein paar Monaten zur Genehmigung gelangen. Aufgrund der Überarbeitung werde absehbar, welche Ausgaben der Verkehrsrichtplan im Bereich Langsamverkehr verursachen werde. Diese Zahlen seien noch nicht verfügbar. Die bereits eingefügten Zahlen im Bereich 620 01 basierten nicht auf dem Verkehrsrichtplan, sondern auf dem Road Management-System, anhand welchem der Zustand des Gemeindestrassennetzes periodisch überprüft werde. Sobald konkrete Angaben vorhanden seien, würden auch die Kosten des Langsamverkehrs ersichtlich sein.

Kapitel 7, Umwelt und Raumordnung

Keine Bemerkungen

Kapitel 8, Volkswirtschaft

Keine Bemerkungen

Kapitel 9, Finanzen und Steuern

Keine Bemerkungen

Zum Investitionsplan werden keine weiteren Wortbegehren gestellt.

Finanzplan 2009 - 2014

Der Vorsitzende führt aus, der Rat nehme den Finanzplan lediglich zur Kenntnis, eine Genehmigung erfolge nicht.

Matthias Manz (SP) stellt fest, das vorliegende Zahlenwerk sei sehr knapp und rudimentär gehalten. Es wäre für den Rat dienlich, wenn Aufwand und Ertrag der kommenden Jahre ebenfalls dargestellt würden. Dadurch würde die Entwicklung der Finanzen besser sichtbar. Betreffend Risiken werde in der Botschaft auf S. 7 auf mögliche Mehrausgaben in den Finanzausgleich hingewiesen. Er sei der Meinung, dass im Text auch ausgewiesen werden sollte, dass mit der Revision des FILAG 2012 auch Chancen auf Besserung bestünden. Es seien Mehreinnahmen im Rahmen von CHF 1,6 Mio. für die Gemeinde zu erwarten. Bisher gebe es keine Anzeichen dafür, dass dies nicht eintreffen werde.

Zum Finanzplan werden keine weiteren Wortbegehren gestellt.

Detailberatung Voranschlag 2010

Die Beratung des Voranschlags erfolgt kapitelweise nach der Funktionalen Gliederung. Zum Voranschlag werden keine Wortbegehren gestellt.

Matthias Manz (SP) stellt betr. Feuerwehr fest, dass der Steuersatz via Budget geändert werden sollte. Aufgrund der Ausführungen der Feuerwehr erscheine es plausibel, heute keine Änderung am Satz vorzunehmen. Sobald sich allerdings eine Unterfinanzierung einstellen sollte, müssten sowohl der Gemeinderat wie auch das Parlament bereit sein, die nötige Finanzierung mittels Erhöhung des Satzes bereitzustellen.

Zum Voranschlag werden keine weiteren Wortbegehren gestellt.

Yong Brügger und Hans-Rudolf Saxer verzichtet als Sprecher der GPK bzw. des Gemeinderates auf ein Schlusswort.

Beschlüsse

1. Der Investitionsplan der Einwohnergemeinde für die Jahre 2009 - 2014 wird genehmigt. (38 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
2. Vom Finanzplan 2009 - 2014 wird Kenntnis genommen.
3. Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden im Voranschlag 2010 insgesamt maximal 1,0 % zur Verfügung gestellt. (38 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)
4. Der Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 2010 wird mit folgenden Ansätzen genehmigt: (37 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung)
 - ordentliche Gemeindesteuer im 0.99-fachen Betrag der im Steuergesetz vorgesehenen Einheitsansätze;
 - Liegenschaftssteuer 0,5 ‰ des amtlichen Wertes;
 - Feuerwehropflichtersatzabgabe 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 20.00, maximal CHF 400.00;
 - Hundetaxe für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund CHF 100.00.

Der Vorsitzende bedankt sich beim Finanzverwalter und seinem Team für die Unterstützung und die geleistete Arbeit.

3. Feuerwehr-Reglement; Totalrevision

Martin Häusermann führt im Namen der GPK aus, es gehe beim vorliegenden Geschäft um das revidierte Feuerwehr-Reglement. Der Zusammenarbeitsvertrag mit der Namensänderung werde lediglich zur Kenntnis genommen. Dem Gemeinderat werde im Feuerwehr-Reglement die Vollmacht zum Abschluss eines solchen Vertrags erteilt. Dies nicht nur im Falle von Allmendingen, sondern auch für weitere Gemeinden. Bis auf den Zusammenschluss mit der Gemeinde Allmendingen hätten die Neuerungen in der GPK wenig Anlass zu Diskussionen gegeben. Auf Antrag der Gemeinde Allmendingen solle der Zusammenschluss nun erfolgen. Dabei gelange das Modell der Sitzgemeinde zur Anwendung, was grundsätzlich begrüsst werde. Ein Zusammenschluss mache auch aus Sicht der Gemeinde Muri Sinn: Die personellen und materiellen Ressourcen würden zusammengelegt und bildeten gemeinsam ein noch stärkeres Element. Dabei könne auf den Erfahrungen der bisherigen guten Zusammenarbeit abgestützt werden. Für die Gemeinde Muri solle dieser Zusammenschluss möglichst kostenneutral erfolgen. Bezüglich dem Teiler von ungedeckten Kosten nach dem Prinzip Schutzwertfaktor werde der Rat anschliessend noch die Ausführungen des Ressortvorstehers hören.

Der Antrag der GPK, wonach die Wahl des Präsidenten der Geschäftsleitung im Reglement konkreter formuliert werden solle, liege schriftlich vor. Erst im Nachgang zur GPK-Sitzung sei ein weiterer Punkt aufgetreten, zu welchem die GPK mehrheitlich einen weiteren Antrag stelle. Es sei festgestellt worden, dass die Namensgebung der Feuerwehr aus dem Reglement gestrichen worden sei und neu im Zusammenarbeitsvertrag festgelegt werde, dies entbehre einer gewissen Logik. Daher stelle die GPK den Antrag, den Namen explizit im Reglement (Art. 1) festzuschreiben. Zum Namen selber äussere sich die GPK nicht, dies sei ein politischer Entscheid. Sollte der Antrag eine Mehrheit finden, so müsste das Parlament über den Namen befinden. Die GPK empfehle mit diesen Änderungen mehrheitlich/einstimmig, dem Antrag des GR zu folgen.

Auf Verlangen des Vorsitzenden präzisiert der Sprecher der GPK den Antrag zu Artikel 1 Abs. 1 des Reglements wie folgt:

Die Feuerwehr **Allmendingen-Muri-Gümligen** wird nach den Grundsätzen des "New Public Managements" (NPM) geführt.

Christian Staub stellt als gemeinderätlicher Sprecher fest, "Allgemeine öffentliche Aufgaben gemeinsam im Verbund lösen" sei eine der wichtigsten Grunderkenntnisse aus den Abklärungen, welche im Vorfeld zur Einführung der Regionalkonferenz gezogen worden seien. Dies sei einfach, also los: gesagt - getan! Nicht ganz, sei seine Antwort dazu, was die Zusammenführung der Feuerwehren von Allmendingen und Muri-Gümligen betreffe. Dies deshalb, weil zuerst sehr gründlich und umfassend habe abgeklärt werden müssen, ob das gemeinsame Interesse der beiden beteiligten Gemeinden auch für beide einen Mehrwert darstelle oder nicht. Auch darum, weil die Zusammenführung zweier bisher eigenständigen Feuerwehren mit einer sehr langen Tradition und Geschichte nicht so einfach erfolgen könne, da hier sehr viele "Halbtöne" mitschwingen würden und viele Emotionen damit verbunden seien. Gerade für die Gemeinde Allmendingen und ihre Einwohner sei es aus sozialer und gesellschaftlicher Sicht ein doch sehr grosser, massiver Schritt, der hier gemacht werden solle. Erleichtert oder zumindest etwas erträglicher gemacht werden solle den Allmendingern dieser Schritt damit, dass der neue Name der Feuerwehr abgekürzt "AMG", also Allmendingen-Muri-Gümligen, heissen solle. Diese Konzession gegenüber der Nachbargemeinde sei sicherlich zu verantworten, koste diese doch nichts und Muri-

Gümligen würde damit zu einer guten Beziehung beitragen, ohne dass dabei ein Stein aus der Krone falle.

Für die politische Komponente gelte: Es sei nicht egal, wer mit wem sich nun verheirate. So wie bei der Eheschliessung sei es ratsam, vorgängig alle Vor- und Nachteile zu prüfen, offen über alle Punkte miteinander zu sprechen und beiden Beteiligten gleich lange Spiesse in die Hand zu geben. Die Gemeinden Allmendingen und Muri pflegten und lebten seit jeher freundschaftliche Beziehungen, würden bereits in diversen Bereichen eine gute Zusammenarbeit (z.B. Schule, Sozialdienst) kennen, würden aber auch gegenseitig die Eigenheiten des Anderen vollumfänglich akzeptieren und berücksichtigen dies soweit, als es im Rahmen der bestehenden Freiräume bei einem Projekt wie dem der Zusammenführung der beiden Feuerwehren möglich sei. Und auch bei einer Verheiratung sei es heute möglich, den Namen des anderen voranzustellen.

Was bringe nun der Zusammenschluss mit der Feuerwehr Allmendingen? Vor allem mehr Manpower, sprich mehr AdF's, also Angehörige der Feuerwehr. Mindestens 20 AdF's aus Allmendingen würden das bisherige Korps von Muri-Gümligen verstärken, was einer Erhöhung um fast 1/3 des heutigen Bestandes entspreche. Die Schlagkraft könne dadurch merklich erhöht werden. Zu nennen sei weiter das Zusammenfliessen von Wissens- und Fachkenntnistransfers von gut ausgebildeten AdF's sowohl von Muri als auch von Allmendingen. Weiter erfolge die Möglichkeit des schnelleren Zugriffs auf AdF's von Allmendingen bei Ernsteinsätzen. Etliche der AdF in Allmendingen seien als selbständig Erwerbende, bsp. als Landwirte tätig, und seien daher bei einer Alarmierung recht schnell verfügbar.

In der vorliegenden Botschaft sei eine Vielzahl von Hinweisen und Bemerkungen festgeschrieben zu den Hintergründen der Zusammenführung wie auch zum neuen Reglement. Gerne sei er bereit, auf allfällige Fragen aus dem Plenum zu antworten.

Er wolle noch einige Hinweise zu einzelnen Artikeln im neuen Reglement machen: In Art. 4 werde die Dienstpflicht auf Ausländer mit C-Bewilligung erweitert. Welche konkreten, hoffentlich positiven Auswirkungen dies auf den Korpsbestand haben werde, werde sich zeigen. Artikel 24 und 25 würden ergänzt. Dazu sei den Ratsmitgliedern ein Blatt mit den entsprechenden Ergänzungen und Anpassungen verteilt worden. Beide Zusätze würden mithelfen, Klarheit zu schaffen. Deshalb sei der Gemeinderat bereit, diese Ergänzungen im Reglement entsprechend festzuschreiben. Zu Anhang III: Gemäss Art. 4 seien alle Niedergelassenen in Muri und Allmendingen verpflichtet, Feuerwehrdienst zu leisten. Das Aufgebot zur Rekrutierung solle mit der Auflage verbunden werden, dass ein unentschuldigtes Fernbleiben - was leider in der Vergangenheit oft der Fall gewesen sei - nicht einfach nur zur Kenntnis genommen, sondern auch geahndet werden könne. Die bisher nicht vorhandene Möglichkeit der Sanktionierung sei damit gegeben. Dieses System sei bereits in etlichen Gemeinden bekannt und die eingeholten Auskünfte hätten gezeigt, dass diese Massnahme auch teilweise zu einem Anstieg des Korpsbestandes geführt habe.

Der GPK-Sprecher habe ihn bereits angesprochen: Den Begriff des Schutzwertfaktors. Dieser Faktor werde von der Gebäudeversicherung aufgrund der Gemeindefläche, der Einwohnerzahl sowie der von der GVB ermittelten Gebäudewerten errechnet. Dieser Faktor bestimme die Höhe der Betriebskostenbeiträge. Im Jahre 2009 betrage der Betriebsbeitrag für die Gemeinde Muri CHF 61'542.00. Als letzter Hinweis verweise er auf Anhang 2 des Zusammenarbeitsvertrages, in welchem das Inventar des übernommenen beweglichen Feuerwehrmaterials von Allmendingen aufgeführt sei. Diese Inventarliste sei nicht beigelegt worden. Wer daran interessiert sei, könne diese gerne bei ihm konsultieren. Abschliessend mache er dem Parlament beliebt, den gemeinderätlichen Antrag sowie die beiden vorliegenden Anträge zu den Artikeln

24 und 25 und den soeben eingereichten Antrag der GPK zu Artikel 1 zu genehmigen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende führt aus, die Beratung erfolge nach dem gewohnten Vorgehen.

Fraktionserklärungen:

Manuel Huber führt namens der FDP/jf-Fraktion aus, diese begrüsse die Zusammenarbeit der Feuerwehr Muri-Gümligen und der Feuerwehr Allmendingen. Diese erhöhe nicht nur die Sicherheit, sondern sei auch eine win-win-Situation für beide Wehrdienste. Materielle Lücken könnten geschlossen und das Personal aufgestockt werden. Ob der Name glücklich gewählt worden sei, da würden sich die Geister scheiden. Die FDP/jf-Fraktion stimme dem Feuerwehr-Reglement zu.

Beat Marti erläutert, die forum-Fraktion habe sich mit dem vorliegenden Geschäft intensiv auseinandergesetzt. Dabei habe man festgestellt, dass die vorgesehene Zusammenlegung der Feuerwehr Allmendingen mit der Feuerwehr Muri-Gümligen ein Schritt in die richtige Richtung sei. Die bessere Nutzung von Ressourcen, sowohl personell wie auch materiell, dränge sich grundsätzlich auf.

Der Ressortvorsteher habe seine Ausführungen gemacht, trotzdem stellten sich noch einige Fragen:

Warum müsse die Feuerwehr neu Feuerwehr "Allmendingen-Muri-Gümligen" heissen? Muri werde Sitzgemeinde. Die gemeinsamen Schulen mit Sitz in der Gemeinde Muri würden bekanntlich auch nicht "Schule Allmendingen-Muri-Gümligen" heissen. Weiter sei von Interesse, welche Kosten die Namensänderung verursache bezüglich Änderung von Logo, Briefpapier und dergleichen. Zudem erkundige man sich nach dem Kostenteiler zwischen den beiden Gemeinden in Zahlen ausgedrückt. Schliesslich stelle sich noch die Frage, ob eine weitere Regionalisierung der Feuerwehr in näherer Zukunft vorgesehen sei. Die forum-Fraktion unterstütze das Geschäft grundsätzlich, möchte aber vor der Behandlung die gestellten Fragen noch beantwortet wissen.

Markus Bärtschi (SVP) teilt im Namen der Fraktion mit, diese stimme dem vorliegenden Reglement grundsätzlich ebenfalls zu. Die soeben aufgeworfenen Fragen habe sich die SVP-Fraktion durchaus auch gestellt. Der Gemeinderat geniesse aber ein gewisses Vertrauen, Verhandlungen zu führen und Verträge abzuschliessen. Die Frage nach der Kompetenz der Vertragsabschlüsse sei aufgetreten. Die Fraktion gehe davon aus, dass künftige Zusammenarbeitsverträge ebenfalls dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet würden. Gemäss Aussage des GPK-Sprechers würden diese Abschlüsse nun in der Kompetenz des Gemeinderates liegen. Diesbezüglich sei Erklärungsbedarf vorhanden.

Beat Schneider orientiert, die SP-Fraktion habe sich ebenfalls intensiv damit auseinandergesetzt. Sie unterstütze das Vorhaben. Vorhandene Synergien seien zu nutzen, manchmal gebe 1 + 1 mehr als nur 2. Man sei auch der Meinung, es sei wichtig, bestehende Räumlichkeiten in Allmendingen weiterhin zu nutzen. Im Sinne der Identifikation sei es ebenfalls wichtig, dass Angehörige beider Gemeinden bei der Feuerwehr mitmachen könnten. Es sei schliesslich eine schöne Geste der Gemeinde Muri, wenn sie den Gemeindefürnamen Allmendingen voranstelle. Betreffend Artikel 4 sei die Frage aufgeworfen worden, ob die Erweiterung auf Ausländer mit C-Bewilligung rechtlich abgeklärt worden sei.

Christian Staub erläutert zur Frage von Beat Schneider, dass im Reglement keine unzulässigen Vorschriften enthalten seien. Das Reglement basiere auf einer Vorlage des Kantons bzw. der Gebäudeversicherung, diese Regelung sei daher durchaus legitim. Die Feuerwehr würde es begrüßen, wenn auch Personen mit einer Niederlassungsbewilligung C der Feuerwehr beitreten würden. Zu den Fragen von Beat Marti: In Sachen Regionalisierung der Feuerwehr sei im Amt Bern ein Vertrag abgeschlossen worden; die Gemeinde Muri habe diesen ebenfalls unterzeichnet. Man sei grundsätzlich an einer Regionalisierung interessiert, halte aber nach wie vor am Stützpunkt Muri-Gümligen fest. Bezüglich Kosten sei festzuhalten, dass die Zusammenführung der beiden Feuerwehren weitgehend kostenneutral erfolge. Es liege aber auf der Hand, dass gewisse Unkosten bezüglich Schriftzug, neuem Logo und dergleichen anfallen würden. Diese Ausgaben würden in der Kompetenz der Geschäftsleitung der Feuerwehr liegen und würden sich in einem angemessenen Rahmen befinden. Es werde sicherlich kein Nachkredit zu beschliessen sein. Schliesslich zur Namensgebung: Es handle sich diesbezüglich um ein sehr emotionales Thema. Man habe lange darüber diskutiert. Man habe in diesem Sinn, dem "Kleineren" den Vortritt gelassen. Er sei der Meinung, es zeuge nicht von Grösse, wenn der Zusammenschluss an dieser Frage scheitern würde. Muri könne mit dieser Namensgebung leben. Sicherlich benötige das eine oder andere Mitglied der Feuerwehr Muri-Gümligen noch etwas Zeit, sich an den neuen Namen zu gewöhnen. Hauptziel dieser Zusammenlegung sei aber, die Sicherheit der Bürger von Muri-Gümligen und Allmendingen zu erhöhen.

Hans-Rudolf Saxer bestätigt, dass Verträge zu weiteren Zusammenschlüssen wiederum dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet würden. Eine diesbezügliche Änderung bedingte eine Anpassung des Reglements, diese sei zwingend dem Parlament zum Beschluss zu unterbreiten.

Das Wort wird für allgemeine Wortmeldungen nicht verlangt.

Die artikelweise Detailberatung zum Feuerwehr-Reglement gibt zu folgenden Bemerkungen / Anträgen Anlass:

Art. 1 (Grundsatz)

Vorliegende Anträge zu Absatz 1:

Antrag GPK:

Die Feuerwehr **Allmendingen-Muri-Gümligen** wird nach den Grundsätzen des "New Public Managements" (NPM) geführt.

Antrag Beat Marti (forum):

Die Feuerwehr **Muri-Gümligen und Allmendingen** wird nach den Grundsätzen des "New Public Managements" (NPM) geführt.

Antrag Gemeinderat:

Die Feuerwehr wird nach den Grundsätzen des "New Public Managements" (NPM) geführt.

1. Eventualabstimmung (Anträge GPK und B. Marti)

Der Antrag der GPK wird mehrheitlich angenommen.

2. Abstimmungsgang (Anträge Gemeinderat und GPK)

Beschluss

Der Antrag der GPK wird mit 22 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19 20, 21, 22, 23
unverändert

Art. 24 (Aufgaben und Befugnisse)

Vorliegender Antrag zu Abs. 1 Bst. a:

Antrag GPK:

Dem Gemeinderat von Muri obliegen folgende Aufgaben und Beschlüsse:
Ernennung und Entlassung **des Präsidiums und** der Mitglieder der Geschäftsleitung
FW;

Beschluss:

Der Antrag der GPK wird einstimmig (38 Stimmen) angenommen.

Art. 25 (Zusammensetzung)

Vorliegender Antrag zu Art. 25:

Antrag FDP/jf-Fraktion :

.... Die Mitglieder werden vom Gemeinderat **für eine Amtsdauer von vier Jahren**
ernannt....

Beschluss:

Der Antrag der FDP/jf-Fraktion wird einstimmig (38 Stimmen) angenommen.

Art. 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36
unverändert

Zu den Anhängen I, II, III, werden keine Wortbegehren gestellt.

Johanna Ziberi (SP) stellt einen Rückkommensantrag auf Beratung von Art. 10.

Abstimmung:

Der Rückkommensantrag wird mehrheitlich angenommen.

Johanna Ziberi (SP) erkundigt sich, ob der angenommene Antrag der FDP/jf-Fraktion
zu Artikel 25 nicht einen Widerspruch zu Artikel 10 Absatz 1 darstelle.

Christian Staub erläutert, in Artikel 10 gehe es um diverse Funktionsträger. Funkti-
onsträger seien die heutigen Mitglieder der Feuerwehr. Zu diesen Funktionsträgern
gehörten logischerweise auch der Kommandant und sein Stellvertreter. Diese seien
beide von Amtes wegen Mitglieder der Geschäftsleitung. Dies habe nichts mit ihrer
Funktion im Rahmen des Korps zu tun. Nach vier Jahren sei eine Wiederwahl nötig.
Er orte keinen Widerspruch zu Art. 25 des neuen Reglements.

Aus dem Rat erfolgen keine Abänderungsanträge zu Artikel 10.

Der Vorsitzende stellt fest, die Detailberatung des Reglements sei somit abgeschlos-
sen.

Martin Häusermann verzichtet als Sprecher der GPK auf ein Schlussvotum.

Christian Staub fügt zum Schluss an, es sei geplant - die Genehmigung beider Gemeinden vorausgesetzt -, anlässlich des freudigen Ereignisses ein Zusammenschluss-Fest durchzuführen. Die Mitglieder des GGR seien natürlich herzlich dazu eingeladen.

Beschluss (einstimmig)

Das neue Feuerwehr-Reglement wird erlassen.

4. Begegnungszone Turbenweg; Objektkredit

Das Geschäft ist durch den Gemeinderat zurückgezogen worden.

5. Motion FDP/jf-Fraktion zur Standort-Überprüfung International School of Berne (ISBerne)

Der Vorsitzende führt aus, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Peter Kneubühler (FDP) teilt mit, die FDP/jf-Fraktion sei mit dem vorliegenden Antrag einverstanden. Es sei in diesem Sinn logisch, da es an sich ein Postulat darstelle und keine reine Motion, da der Gemeinderat beauftragt worden sei, eine Überprüfung des Standorts der ISBerne vorzunehmen. Inhaltlich sei man einverstanden, bezüglich ISBerne ein zügiges Vorgehen anzugehen. Es leuchte ein, dass kein neuer Standort gesucht werde, damit könnten Zeit und Kosten gespart werden. Es sei in der Botschaft zu lesen, dass die Volksabstimmung bereits im Juni 2010 geplant sei und das Projekt nebst geringfügigen Änderungen bezüglich dem Sportplatz Füllerich unverändert bleiben werde. Er appelliere an die anderen Parteien, das zügige Vorgehen zu unterstützen. Es liege auf der Hand, dass am Standort Siloah Süd zusätzlicher Verkehr generiert werde und er hoffe daher, dass die Verkehrsfragen nicht erneut zu Opposition führen würden. Alle politischen Partner hätten sich für die ISBerne ausgesprochen, daher erwarte man jegliche Unterstützung. In der vorliegenden Motion sei auch die Rede vom Thoracher gewesen. Im Projekt GenerationenWohnen sei auch die Renovation des schützenswerten Bauernhauses enthalten gewesen. Es stelle sich nun die Frage, was mit dem Bauernhaus passiere, ob der Zustand des Hauses so belassen werde oder ob trotz allem eine Sanierung in Betracht gezogen werde.

Hans-Rudolf Saxer erläutert, im angesprochenen Bauernhaus am Egghölzliweg seien Nutzungen vorhanden, einerseits durch den Kindergarten andererseits durch eine bewohnte Mietwohnung und schliesslich - zumindest zu einem Teil - durch die Nutzung der vorhandenen landwirtschaftlichen Bestandteile. Das Haus sei somit durch unterschiedliche Nutzungen belegt. Daher herrsche aufgrund des Entscheides der Stimmberechtigten Status quo und Änderungen seien vorderhand nicht geplant.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat FDP/jf-Fraktion zur Standort-Überprüfung International School of Berne (ISBerne) wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

6. Motion SP-Fraktion betr. chronischer Überlastung der Kindertagesstätten

Der Vorsitzende stellt fest, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Francesca Ruta (SP) führt aus, die SP-Fraktion bedanke sich für die schriftliche Antwort sowie für die Ausführungen der zuständigen Gemeinderätin. Man erkenne, dass der Zeitpunkt falsch sei. Die Fraktion betrachte aber das wichtige Geschäft als Dauerauftrag und hoffe, dass der Gemeinderat ein Auge darauf habe und bei Bedarfserhebungen reagiere. Nach wie vor hege man Bedenken betreffend den Neubau CS. Es werde kaum die Meinung sein, die ohnehin knappen Kita-Plätze zu verkaufen. Daher erscheine der Fraktion eine Kita im Bereich Bahnhof - nicht nur für die Mitarbeitenden der CS, sondern auch für die Bevölkerung der Gemeinde, welche die öffentlichen Verkehrsmittel benutze - eine sehr sinnvolle Lösung.

Nach Rückfrage des Vorsitzenden teilt Francesca Ruta mit, die SP erkläre sich mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

Kornelia Hässig teilt namens des Gemeinderates mit, dieser teile die Auffassung, dass ein gutes Angebot an familienexterner Kinderbetreuung einen wichtigen Standortfaktor für die Gemeinde darstelle. Die Gemeinde habe diesbezüglich auch viele Angebote geschaffen. Nun der Forderung nach neuen Kita-Plätzen zu folgen, sei klar der falsche Moment. Mit der Revision des Volksschulgesetzes werde sich viel bewegen. Die Gemeinden seien neu verpflichtet, ein Tagesschulangebot zu führen, wenn eine verbindliche Nachfrage von 10 Kindern bestehe. Die Gemeinde erhebe momentan den Bedarf bzw. Umfrageergebnisse würden bereits ausgewertet. Sobald ein vernünftiges Angebot an Tagesschulstrukturen bestehe, könne man davon ausgehen, dass der Druck nach Kita's sinken werde und die Wartelisten kürzer würden. Ziel müsse sein, dass die eingeschulten Kinder in den schulischen Strukturen und die Kleinkinder in der Kita betreut würden.

Jetzt Kita's auszubauen, um in wenigen Jahren festzustellen, dass es nicht nötig gewesen wäre, sei sicherlich falsch. Wenn sich abzeichnen würde, dass die Wartelisten nach wie vor lang seien bzw. allenfalls sogar länger würden, werde man vorbereitet sein und Angebotsoptimierungen bzw. -verbesserungen vorschlagen. Klar sei auch, dass es keine Kita ohne Wartelisten geben werde. Am Ende der Sommerferien, wenn der grosse Wechsel stattfindet, müsse es allerdings möglich sein, die Wartelisten immer wieder auf ein Minimum abzubauen.

Der Gemeinderat habe in seinen Legislaturzielen festgelegt, dass 2010 die Gesamtstrategie der Gemeinde bezüglich familienergänzender Kinderbetreuung überprüft werden müsse, somit sei der Auftrag bereits festgehalten und werde sicherlich auch ausgeführt. Der Gemeinderat beantrage somit dem Grossen Gemeinderat, die Motion als Postulat zu überweisen und anschliessend abzuschreiben.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat SP-Fraktion betreffend chronischer Überlastung der Kindertagesstätten wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

7. Motion FDP/jf-Fraktion: "Fähribeizli dem Volk"

Der Vorsitzende stellt fest, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Barbara Künzi-Egli dankt im Namen der FDP/jf-Fraktion dem Gemeinderat für die erfreuliche Antwort, diese sei ganz in ihrem Sinne. Die Begründung habe einen sibyllinischen Satz enthalten: "Der Gemeinderat wird in den nächsten Monaten abklären (lassen), ob ein genügendes Interesse der Bevölkerung an einer solchen "Volksaktiengesellschaft" vorhanden ist." Sie habe sich diesen Satz näher erläutern lassen und habe den Ausführungen von Hans-Rudolf Saxer entnommen, dass dies nichts anderes bedeute als: "Ihr dürft, der Ball ist bei euch, los von Rom!" Sie habe bereits etwas vorbereitet, sie werde an jedem Tisch ein Blatt zirkulieren lassen, worauf die Mitglieder ihr grundsätzliches, jedoch noch unverbindliches Interesse kund tun könnten. Man wolle erheben, wer an einer allfälligen Gründung dieser Volks-AG interessiert sei. Diese Unterschriften würden zu einem späteren Zeitpunkt feierlich dem Gemeindepräsident übergeben.

Roland Meyer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf eine Wortmeldung.

Markus Bärtschi (SVP) kündigt an, ein Statement abgeben zu wollen.

Beschluss (mehrheitlich)

Der Antrag auf Diskussion wird angenommen.

Markus Bärtschi (SVP) orientiert, selbstverständlich stimme auch die SVP-Fraktion dem sympathischen Anliegen zu. Man wolle die Aufmerksamkeit aber noch auf die Problematik der Kontrolle richten, welche im Verhältnis zwischen der Gemeinde und der künftigen Trägerschaft bestehe. Aus Sicht der Fraktion stelle das Fähribeizli kein Desinvestitionsobjekt nach den anerkannten Kriterien dar. Angesichts der einmaligen Lage im Naturschutzgebiet müsse dafür gesorgt werden, dass die Kontrolle der öffentlichen Hand mindestens in mittelfristigen Abständen erhalten bleibe. Es sei nicht Aufgabe der Gemeinde einen Restaurationsbetrieb zu führen, dies sei klar. Allerdings dürfe weder ein Vertrag über die Laufzeit von 80 Jahre eingegangen werden, noch dürften Volksmehrheiten in falsche Hände geraten und somit Kontrollmehrheiten geschaffen werden. Für die SVP-Fraktion sei wichtig, dass das Fähribeizli einer Trägerschaft übertragen werde, beispielsweise mit einem Baurechtsvertrag, allerdings nicht mit einer Dauer von 80 Jahren. Die Vertragsdauer müsste viel kürzer angesetzt werden und in regelmässigen Abständen - beispielsweise alle 10 Jahre - müssten die Vertragsbedingungen neu ausgehandelt werden. Es dürfte keinesfalls erneut eintreffen, dass ein Vertrag einfach auslaufe. Auf diese Weise könnte die Entwicklung unter Kontrolle gehalten werden. Zwar sollte diese Aufgabe nicht gänzlich aus der Hand gegeben werden, jedoch wolle man sich seitens der Gemeinde auch keine weisse Schürze umbinden und im Fähribeizli an den Herd stehen. Der Grundeigentümer solle diesbezüglich seine Verantwortung wahrnehmen.

Niklaus von Fischer betont, die forum-Fraktion sei der Meinung, das Fähribeizli gehöre zur Identität der Gemeinde Muri und stelle somit einen Ort des öffentlichen Interesses dar. Daher solle das Fähribeizli in der öffentlichen Hand bleiben. Es sei ja nicht Sache des Gemeindepräsidenten, den Betrieb selber zu führen, dies dürfe getrost einer anderen Person übertragen werden. Die forum-Fraktion stimme der Überweisung der Motion zu.

Suzanne Fankhauser (SP) stimmt ihren Vorrednern zu. Im Prinzip stehe die SP-Fraktion dem Geschäft positiv gegenüber. Man könne sich eine Lösung wie die skiz-

- 20. Oktober 2009 -

zierte durchaus vorstellen, allerdings habe man auch Vorbehalte. Man wolle sichergestellt wissen, dass der Auenschutz im wahrsten Sinne des Wortes nicht verwässert werde. Es sei wichtig, dass dieser Aspekt nicht vernachlässigt werde. Betreffend der Suche nach einer Trägerschaft sei wichtig, dass die Verhandlungen transparent geführt würden und dass beispielsweise auf die schwierige Parkiersituation aufmerksam gemacht werde. Des Weiteren sei die Frage gestellt worden, ob eine Abgabe im Baurecht angestrebt werde und schliesslich die letzte Frage, ob das Geschäft dem Parlament erneut unterbreitet werde oder nicht.

Der Vorsitzende stellt fest, er gehe davon aus, dass dem Rat zu diesem Geschäft eine neue Vorlage unterbreitet werde.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, dass es in diesem speziellen Fall sicherlich zweckmässig sei, wenn die Gemeinde Grundeigentümerin bleiben würde, also das Land im Baurecht abgegeben würde. Zur Debatte würde nur der Verkauf des Gebäudes stehen. Dieses Vorgehen mache unter allen Titeln Sinn. Zudem könne festgehalten werden, dass sich das Gebäude im Uferschutzbereich und im Naturschutzgebiet befinde. Die geltenden, restriktiven Vorgaben müssten in jedem Fall eingehalten werden. Schliesslich gehe er davon aus, dass der abzuschliessende Vertrag bzw. der darin enthaltene Betrag über CHF 250'000.00 liegen werde und die Zuständigkeit daher klar dem Parlament zukomme.

Beschluss (32 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung)

Die Motion FDP/jf-Fraktion: "Fähribeizli dem Volk" wird überwiesen.

8. Motion forum-Fraktion betr. Nutzung bisheriger Kindergarten-Parzellen

Der Vorsitzende stellt fest, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Lee Streit führt namens der forum-Fraktion aus, sie habe diese Motion im Blick auf eine Zustimmung zur Ortsplanungsrevision (OPR) geplant und verfasst. Aus zwei Gründen habe sie den Vorstoss zwei Tage nach der Ablehnung der OPR trotzdem eingereicht. Erstens sei es zurzeit noch ungewiss, in welche Richtung die bernische Schulpolitik steure, beispielsweise Basisstufe ja oder nein. 4 -6-jährige Kindergärteler könnten aber nicht einfach in ein Schulhaus mit leerstehenden Zimmern umgesiedelt werden. Kinder dieser Altersstufe bräuchten ein ihrer Entwicklung entsprechendes Umfeld. Dies bedeute, dass bei einer Eingliederung der Kindergartenklassen in die Schulhäuser erhebliche Investitionen getätigt werden müssten, um ein optimales Umfeld zur Erfüllung des Bildungsauftrages sicherzustellen. Dies unabhängig von den jährlichen knapp CHF 2 Mio., welche die Gemeinde in verdankenswerter Weise in den letzten 19 Jahren in die Bildungsinfrastruktur investiert habe. Eine Spezialfinanzierung sei aus diesem Grund sicherlich eine zu prüfende Option.

Ein einziger Kindergarten sei im Moment leerstehend. Es sei ein grosses Anliegen der forum-Fraktion zu verhindern, dass er nicht überstürzt zweckentfremdet werde, solle heissen als "geringfügige Änderung" gemäss Gemeinderatsbeschluss einer anderen Nutzung zugeführt werde. Zum Problem "Stöckli"-Kindergarten seien noch zu viele Fragen offen.

Wenn bis zur Totalrevision der baurechtlichen Grundordnung tatsächlich keine Veränderung möglich sei, wenn also auch ein einzelner Kindergarten nicht vor 2012 durch eine "geringfügige Änderung" durch den Gemeinderat veräussert werden könne, dann stimme die forum-Fraktion dem gemeinderätlichen Antrag zu: Überweisung

der Motion als Postulat samt anschliessender Abschreibung. Man verlange aber eine mündliche Bestätigung durch den Gemeinderat, dass dem wirklich so sei; denn die Grundanliegen der forum-Fraktion blieben bestehen und sollten auf diese Weise deponiert werden.

Roland Meyer bestätigt, dass der Gemeinderat grundsätzlich bis zur Revision von Baureglement und Zonenplan keine Absichten zur Veräusserung von Kindergarten-Parzellen habe.

Rolf Friedli (SVP) stellt den Antrag auf Diskussion.

Abstimmung (mehrheitlich)

Der Antrag auf Diskussion wird angenommen.

Urs Siegenthaler hat die Sitzung um 21.30 Uhr verlassen.

Rolf Friedli fügt dem Votum von Lee Streit an, es gehe nicht primär um die Finanzierung, sondern nach wie vor um das offene Postulat in Sachen Schulraumplanung. Das aktuell diskutierte Thema gehöre in die Schulraumplanung. Es sei nun wirklich Zeit, dieses Anliegen ernsthaft an die Hand zu nehmen und eine gesamthafte Planung - und kein Flickwerk - vorzunehmen.

Der Vorsitzende fragt an, ob die Motionärin mit der Umwandlung einverstanden sei.

Lee Streit (forum) erkundigt sich bei Rolf Friedli, ob er eine Umwandlung in ein Postulat, allerdings ohne anschliessende Abschreibung, beantragen wolle.

Rolf Friedli (SVP) verneint dies, einen diesbezüglichen Antrag werde er nicht stellen. Er dränge seit langer Zeit auf eine gesamthafte Schulraumplanung in der Gemeinde.

Lee Streit (forum) stellt fest, die Fraktion stimme der Umwandlung samt anschliessender Abschreibung zu.

Beschluss (32 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltung)

Das Postulat forum-Fraktion betr. Nutzung bisheriger Kindergarten-Parzellen wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

9. **Motion Aebersold (SVP): Gezielte Anreize und Berücksichtigung von Betrieben mit Lehrlingsausbildung im Submissionsverfahren**

Der Vorsitzende stellt fest, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Jürg Aebersold (SVP) bedankt sich beim Gemeinderat für die vorliegende Antwort. Er hoffe, dass sowohl das lokale Gewerbe, aber auch die Gemeinde dank dem geschaffenen Anreiz möglichst viele Lernende ausbilden würden.

Roland Meyer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf eine Wortmeldung.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion Aebersold (SVP): Gezielte Anreize und Berücksichtigung von Betrieben mit Lehrlingsausbildung im Submissionsverfahren wird überwiesen.

10. **Motion SP-Fraktion / EVP betr. Erleichterung von Variantenabstimmungen Postulat SP-Fraktion / EVP betr. Volksabstimmungen im Baukasten-System**

Der Vorsitzende stellt fest, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor. Er weise zudem darauf hin, dass die beiden Vorstösse einen engen sachlichen Zusammenhang hätten und daher die gemeinsame Behandlung adäquat sei.

Matthias Manz dankt dem Gemeinderat namens der SP-Fraktion für seine Ausführungen. Man sei mit dem Antrag einverstanden, auch mit der gemeinsamen Behandlung der beiden Vorstösse. Im Sinne einer Präzisierung erkundige er sich beim Gemeinderat, ob dieser in der Tat frühzeitig seinen diesbezüglichen Bericht vorlegen werde, so dass allfällige Anpassungen noch vor einer Volksabstimmung zur baurechtlichen Grundordnung an die Hand genommen und umgesetzt werden könnten.

Hans-Rudolf Saxer erläutert, dass dem so sei. Er verweise auf Ziffer 2 der gemeinderätlichen Antwort. Sollten die beiden Vorstösse als Postulat überwiesen werden, habe der Gemeinderat 12 Monate Zeit, eine Anpassung der Grundlagen zu erarbeiten. Diese Zeitspanne sollte ausreichen, obwohl es sich um eine relativ komplexe Sachlage handle. Man wäre aber trotz allem in der Lage, falls der GGR aufgrund der Berichterstattung zum Schluss komme, eine Anpassung der Grundlagen vorzunehmen, rechtzeitig zu reagieren.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

1. Das Postulat SP-Fraktion/EVP betr. Erleichterung von Variantenbestimmungen wird überwiesen
2. Das Postulat SP-Fraktion/EVP betr. Volksabstimmungen im Baukastensystem wird überwiesen.

11. **Interpellation SVP-Fraktion: Finanzielle Konsequenzen Energielabel**

Der Vorsitzende stellt fest, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Kornelia Hässig stellt namens des Gemeinderates fest, man habe sich Mühe gegeben und dementsprechend sei sie überzeugt, dass der Rat eine umfassende und vollständige Antwort auf die gestellten Fragen erhalten habe. Sie wolle nicht zusätzlich ins Detail gehen, aber noch einige wenige Anmerkungen machen.

Seit fast zwei Jahren befasse sich eine Arbeitsgruppe der USK intensiv und engagiert mit dem Thema BEakom und man sei froh, dass das ganze Geschäft nun soweit gediehen sei, dass der Vertrag mit dem Kanton unterzeichnet werden könne. Mit diesem Abkommen verpflichtete sich die Gemeinde, in eine nachhaltige Energiezukunft aufzubrechen.

Man sei sich sicherlich einig, dass eine Gemeinde nicht - wie allenfalls ein privater Hausbesitzer - erst reagieren könne, wenn die Energie-Krise da sei, sie müsse vorausschauend handeln. Schul- und Verwaltungsgebäude würden sich nicht von heute auf morgen sanieren lassen. Man sei sich bestimmt auch einig, dass heutzutage eine Gebäudesanierung möglichst immer auch eine energetische Sanierung beinhalten sollte. Mit der energetischen Sanierung der gemeindeeigenen Bauten leiste die Gemeinde den grössten eigenen Beitrag zur Reduktion des Energieverbrauchs und sie sollte damit auch Vorbildfunktion wahrnehmen.

Bevor man konkret beziffern könne, welche Sanierungskosten in welcher Priorität und in welcher Höhe auf die Gemeinde zukommen würden, sei die strategische Unterhaltsplanung mit der Energiebuchhaltung zu ergänzen. Die Energiebuchhaltung sei nichts als ein weiterer wichtiger Aspekt, der in die Sanierungsplanung der Gemeindegebäude einfließen müsse und allenfalls die Prioritäten verschiebe und auch Einfluss auf die Kosten nehme. Der Planungshorizont bis 2025 lasse zwar keinen riesigen, aber trotzdem einen realistischen Spielraum für entsprechende Sanierungen zu. Die umfangreichen Arbeiten zur Erhebung der Energiekennzahlen seien im Gange, man rechne damit, dass in ein bis spätestens zwei Jahren detaillierte Aussagen gemacht werden könnten und das Parlament somit mit konkreteren Informationen als heute bedient werden könnte. Es liege auf der Hand, dass sich dann sicherlich auch wieder interessante und kontroverse Diskussionen ergeben würden.

Im Übrigen seien im Investitionsplan Ausgaben für das BEAkom eingeplant. Grössere Aufwendungen verursachten die Erstellung der erwähnten Energiebuchhaltung sowie die Erarbeitung eines Energierichtplanes. Sie hoffe, dass der Rat mit der Beantwortung der Fragen zufrieden sei und sie hoffe zugleich, dass alle am selben Strick ziehen würden, wenn es darum gehe, die Gemeinde Muri bei Bern in eine nachhaltige Energie-Zukunft zu führen.

Rolf Friedli (SVP) bedankt sich für die umfangreichen Ausführungen und für das rasante und schnelle Behandeln dieser Interpellation. Der Gemeinderat gebe in seiner Stellungnahme etliche Versprechen ab. So verspreche er, Energiekonzepte umzusetzen und bezüglich Gebäudetechnik lufthygienische Massnahmen (Einbau von Lüftungsanlagen) vorzunehmen. Diese Massnahmen plane der Gemeinderat mittel- und langfristig in den Schulanlagen. Bezüglich Kosten habe man wenig vernehmen können, obwohl diese hauptsächlich von Interesse gewesen wären. Man entnehme aber dem Investitionsplan bis 2014, dass CHF 325'000.00 berücksichtigt worden seien. Dieser Betrag könne zwar nicht verifiziert werden, man anerkenne aber, dass Massnahmen geplant seien und die Gemeinde die Thematik ernst nehme.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

12. Interpellation SVP-Fraktion betreffend vollwertiger Brandschutz Schulanlage Moos

Der Vorsitzende stellt fest, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Roland Meyer führt namens des Gemeinderates aus, die Unterlagen würden vorliegen. Es sei in der Tat so, dass die Gebäudeversicherung im Rahmen eines neuen Baubewilligungsverfahrens die geltenden Vorschriften verlangen könne. Diese seien derzeit noch nicht bekannt. Die geplanten Massnahmen würden rechtmässigen Vorschriften entsprechen. Es sei zudem so, dass Liegenschaften von Privatpersonen ebenso den Vorschriften der Gebäudeversicherung unterliegen würden. Im Weiteren habe der Gemeinderat keine Absicht, in näherer oder weiterer Zukunft im Moosschulhaus strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

Rolf Friedli (SVP) stellt namens der Interpellanten fest, dass man nicht ganz der Meinung des Gemeinderates sei. Im vorhergehenden Geschäft habe man festgestellt, dass Lüftungsanlagen und Komfortlüftungen installiert werden sollten und man wolle Energiekonzepte umsetzen. Dies habe einerseits mit der Gebäudehülle zu tun, was

ein Baubewilligungsverfahren benötige und andererseits seien Lüftungsanlagen grundsätzlich brandschutztechnisch zu bewilligen. Er gehe davon aus, dass die Schulanlage Moos zu einem Stolperstein werde, falls BEakom 2 so umgesetzt werde, wie derzeit angedacht. Sofern der Gemeinderat bestätige und somit Verantwortung übernehme, dass mit dem Einbau von Lüftungsanlagen und der Umsetzung von BEakom 2 keine zusätzlichen brandschutztechnischen Massnahmen der Gebäudeversicherung nötig würden, sei für ihn das Thema erledigt. Somit könnte die Schulanlage Moos in den nächsten 25 Jahren mit den bestehenden brandschutztechnischen Anlagen weiterbetrieben werden. Ob dies sinnvoll sei oder nicht, dies müssten spätere Generationen entscheiden. Er gehe nach wie vor davon aus, sofern das Energiekonzept umgesetzt werde und Lüftungsanlagen installiert würden, dass die Frage nach dem Brandschutz wieder auftauchen werde. Auf diese Frage habe man leider in den Ausführungen des Gemeinderates keine Antwort erhalten, man habe sich weitestgehend auf die Statik und die Aufstockungen beschränkt. Andere Massnahmen dürften trotz allem zu einer Neubeurteilung des Brandschutzes führen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

13. **Einfache Anfrage Wegmüller (SP) betr. Begegnungszone Turbenweg**

Der Vorsitzende stellt fest, die Stellungnahme des Gemeinderates liege schriftlich vor.

Sowohl Hans-Rudolf Saxer, gemeinderätlicher Sprecher, wie auch Beat Wegmüller verzichten auf eine Wortmeldung.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

14. **Ortsplanungsrevision; Wahl der Mitglieder und des Präsidiums der parlamentarischen Kommission**

Der Vorsitzende führt aus, die Wahlvorschläge würden vorliegen.

Die Wahlvorschläge werden weder vermehrt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss (33 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen)

In die parlamentarische Kommission zur Ortsplanungsrevision werden folgende Mitglieder gewählt:

– Bärtschi Markus	SVP
– Gautschi Stefan	forum
– Graham Marina	forum
– Grubwinkler Christa	jf
– Grütter K. Urs	SVP
– Kästli Marc	FDP
– Kauth Adrian	FDP
– Kneubühler Peter	FDP
– Manz Matthias	SP
– Schneider Beat	SP
– Wenger Ursula	EVP

Adrian Kauth teilt mit, die FDP/jf-Fraktion schlage Marc Kästli als Präsidenten der parlamentarischen Kommission vor.

Der Wahlvorschlag wird weder vermehrt, noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss (35 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen)

Als Präsident der parlamentarischen Kommission wird Marc Kästli gewählt.

15. Informationen des Gemeinderats

Hans-Rudolf Saxer orientiert bezüglich Regionalkonferenz Bern-Mittelland, dass am 29. Oktober 2009 die konstituierende Gründungsversammlung stattfinden werde. Rund 100 Gemeindepräsidien würden zusammentreffen und insbesondere die Organe der Regionalkonferenz bestimmen. In den vergangenen paar Monaten seien extrem intensive Arbeiten im Hinblick auf die Einführung per 1.1.2010 durchgeführt worden. Die Regionalkonferenz solle per 1.1.2010 nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern solle ab diesem Datum wirken können. Die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde Muri hätten sich in den vergangenen Jahren sehr stark in regionalen Organisationen engagiert und es zeichne sich derzeit ab - gestützt auf die Wahlanträge - dass dies auch in Zukunft so sein werde, namentlich in den Bereichen Kultur und Verkehr. Ein spezielles, noch nicht abschliessend geregeltes Thema, wovon alle Gemeinden mit einem Parlament betroffen seien, sei, in welcher Form bei Behördeninitiativen und Behördenreferenden eine möglichst intelligente Aufgabenteilung zwischen Parlament und Gemeinderat vorgenommen werden könne. In den acht betroffenen Gemeinden würden derzeit entsprechende Abklärungen vorgenommen. Anzustreben sei eine möglichst homogene Lösung, ob dies nicht zu ambitiös sei, werde sich zeigen. Die Gemeinde Muri sei an diesen Diskussionen beteiligt. Der Gemeinderat werde dem Parlament den ausgearbeiteten Vorschlag im kommenden Jahr - sobald möglich - zur Umsetzung empfehlen. Sicherlich werde man zu diesem Zeitpunkt auch über eine Übersicht verfügen, welche Lösungen die anderen Parlagtommengemeinden gewählt hätten.

16. Neue parlamentarische Vorstösse

Interpellation Manz (SP) betreffend Situation im Multengut

Am 23. November 2004 stimmte der Grosse Gemeinderat einer Vereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Muri und der Burgergemeinde Bern einerseits und einer Planungsgemeinschaft Oberes Multengut andererseits zu, die es dieser ermöglichen sollte, das Bauernhaus neu zu nutzen. Die Gemeinde räumte der Planungsgemeinschaft zu diesem Zweck ein Unterbaurecht ein. Die Vereinbarung lief Mitte 2008 aus und wurde vom Gemeinderat im November 2008 mit einer ergänzenden Vereinbarung bis Mitte 2010 verlängert.

Ein erstes Bauprojekt sah eine weitgehende Büronutzung vor. In seiner Antwort vom 7. Januar 2008 auf die Einfache Anfrage Raaflaub betreffend Bauernhaus Multengut ging der Gemeinderat von einem baldigen Bauentscheid aus und vertrat die Auffassung, dass «eine ausschliessliche Wohnnutzung wegen den Lichtverhältnissen beispielsweise nicht möglich» sei.

Mittlerweile wurde von der Planungsgemeinschaft ein Baugesuch mit genau dieser Wohnnutzung eingereicht, was unter Aspekten des Denkmalschutzes Fragen aufgeworfen hat. Ein Entscheid der Baubewilligungsbehörde steht zurzeit aus.

Aufgrund dieser Vorgeschichte bitte ich den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb hat der Gemeinderat die Verlängerung der genannten Vereinbarung dem Grossen Gemeinderat nicht vorgelegt, nachdem dieser die ursprüngliche Vereinbarung genehmigt hatte?
2. Bleibt der Gemeinderat bei seiner Auffassung, dass eine ausschliessliche Wohnnutzung im Multengut nicht möglich sei, oder was ist der Grund für eine allfällige geänderte Meinung?
3. Wie beurteilt der Gemeinderat die geplanten Eingriffe in das Gebäude unter dem Aspekt der Denkmalpflege und der Erhaltung des Ortsbildes?
4. Wird der öffentliche Durchgang durch das Multengut auch nach Ausführung des Bauvorhabens gewährleistet sein?
5. Wurden dem Gemeinderat, als sich mit dem ersten Bauprojekt Schwierigkeiten abzeichneten, auch Projekte anderer Interessenten vorgelegt und wenn ja, wie beurteilte er sie?

Muri, 14. Oktober 2009

M. Manz (SP)

U. Wenger, S. Fankhauser, L. Streit, R. Raaflaub, Y. Brügger, B. Wegmüller, F. Ruta, B. Schneider, M. Graham, B. Marti, J. Ziberi, D. Schönenberger, S. Gautschi, N. von Fischer, M. Hausermann (16)

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Der Präsident:

Die Protokollführerin:

K. Urs Grütter

Susanne Weber